

Lehren aus Covid-19

Ein großer Vertrag zur Bekämpfung von Pandemien

Covid-19 wird nicht die letzte Pandemie bleiben. Deswegen fordern mehr als zwanzig Staats- und Regierungschefs in einem gemeinsamen Aufruf, jetzt die Grundlage für eine bessere Vorbeugung und Bekämpfung von Seuchen zu schaffen. Ein Gastbeitrag.



© AP

Während der Beisetzung eines Covid-Opfers in Harare in Zimbabwe im Januar werden Trauernde desinfiziert

Die Covid-19-Pandemie stellt für die Weltgemeinschaft die größte Herausforderung seit den späten 1940er Jahren dar. Damals, nach den Verheerungen zweier Weltkriege, kamen führende Politiker zusammen, um den Grundstein für das multilaterale System zu legen. Die Ziele waren klar: Die Staaten sollten stärker gemeinsam agieren, die Versuchungen des Isolationismus und des Nationalismus sollten gebannt und die Herausforderungen angegangen werden, die nur gemeinsam im Geist der Solidarität und Zusammenarbeit zu bewältigen waren – Frieden, Wohlstand, Gesundheit und Sicherheit.

Heute, da wir uns gemeinsam im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie befinden, eint uns in gleicher Weise die Hoffnung, dass wir eine robustere internationale Gesundheitsarchitektur aufbauen können, die zukünftigen Generationen besseren Schutz bietet. Denn es wird auch künftig Pandemien und andere schwere Gesundheitskrisen geben. Keine einzelstaatliche Regierung und keine multilaterale Organisation kann sich einer solchen Bedrohung allein stellen.

Es ist nur eine Frage der Zeit, wann es wieder so weit ist. Gemeinsam müssen wir mehr Vorsorge treffen, um eng abgestimmt Pandemien besser vorherzusagen, zu vermeiden, zu erkennen und einzuschätzen sowie sie wirksam zu bekämpfen. Die Covid-19-Pandemie hat

uns nachdrücklich und schmerzhaft daran erinnert, dass niemand sicher ist, solange nicht alle sicher sind.

Wir machen uns deshalb dafür stark, einen weltweiten und gerechten Zugang zu sicheren, wirksamen und erschwinglichen Impfstoffen, Medikamenten und Diagnostika in dieser und künftigen Pandemien zu gewährleisten. Die Immunisierung ist ein globales öffentliches Gut, und wir müssen in der Lage sein, Impfstoffe schnellstmöglich zu entwickeln, herzustellen und verfügbar zu machen. Deshalb wurde die globale Innovationsplattform ACT Accelerator (ACT-A) eingerichtet, um den gleichberechtigten Zugang zu Tests, Behandlungen und Impfstoffen zu fördern sowie die Gesundheitssysteme weltweit zu unterstützen.

Ein Meilenstein

ACT-A hat in vielerlei Hinsicht bereits Erfolge erzielt, aber der gleichberechtigte Zugang aller Menschen ist noch nicht erreicht. Wir können noch mehr tun, um dieses Ziel zu verfolgen. Mit diesem Ziel vor Augen sollten die Staaten unserer Überzeugung nach gemeinsam einen neuen völkerrechtlichen Vertrag zu Pandemievorsorge und -bekämpfung ausarbeiten. Eine solche neue kollektive Verpflichtung wäre ein Meilenstein auf dem Weg, die Pandemievorsorge auf höchster politischer Ebene voranzubringen. Sie nähme, eingedenk des Grundsatzes „Gesundheit für alle“, in ihrem Kern Bezug auf die Satzung der Weltgesundheitsorganisation und würde andere wichtige Organisationen miteinbeziehen. Ein solcher Vertrag würde sich auf bestehende weltweite Gesundheitsübereinkünfte stützen, insbesondere die Internationalen Gesundheitsvorschriften, die eine solide und bewährte Grundlage darstellen, auf der wir aufbauen und die wir damit verbessern können.

Hauptziel dieses Vertrages wäre die Förderung eines gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Ansatzes, der nationale, regionale und globale Kapazitäten sowie die Resilienz in Bezug auf zukünftige Pandemien stärkt. Dies schließt eine deutliche Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit ein, um beispielsweise Warnsysteme, die gemeinsame Datennutzung, die Forschung sowie die lokale, regionale und globale Ausarbeitung und Verteilung von Maßnahmen im Bereich der Medizin und des öffentlichen Gesundheitswesens zu verbessern, also etwa von Impfstoffen, Medikamenten, Diagnostika und persönlicher Schutzausrüstung.

Mehr Transparenz, Zusammenarbeit und Verantwortung

Er würde ferner die Anerkennung eines „One Health“-Ansatzes umfassen, der die Gesundheit von Menschen, Tieren und des gesamten Planeten miteinander verknüpft. Zudem würde ein solcher Vertrag zu mehr wechselseitiger Rechenschaftspflicht und gemeinsamer Verantwortung, Transparenz und Zusammenarbeit im internationalen System im Einklang mit seinen Regeln und Normen führen.

Um dies zu erreichen, werden wir mit den Staats- und Regierungschefs weltweit und allen Interessenträgern einschließlich der Zivilgesellschaft und des Privatsektors zusammenarbeiten. Wir sind davon überzeugt, dass wir als Staats- und Regierungschefs sowie Chefs internationaler Institutionen Verantwortung dafür tragen, zu gewährleisten, dass die Welt die Lehren aus der Covid-19-Pandemie zieht.

Solidarität, Fairness, Transparenz, Teilhabe und Gerechtigkeit

Covid-19 hat unsere Schwächen und unsere Uneinigkeit offengelegt. Jetzt müssen wir die Chance ergreifen und als Weltgemeinschaft in friedlicher Zusammenarbeit über diese Krise hinaus gemeinsam tätig werden. Unsere Kapazitäten und Systeme hierfür zu rüsten wird Zeit brauchen und ein politisches, finanzielles und gesellschaftliches Engagement über Jahre hinaus erfordern.

Die Solidarität, mit der wir gewährleisten, dass die Welt in Zukunft besser gewappnet ist, wird unseren Kindern und Enkeln als unser Vermächtnis zugutekommen. Sie wird zudem den Schaden begrenzen, der unseren Volkswirtschaften und Gesellschaften durch künftige Pandemien droht.

Pandemievorsorge erfordert globale Führung für ein weltweites Gesundheitssystem, das den Anforderungen dieses Jahrtausends gewachsen ist. Wir müssen uns der Solidarität, Fairness, Transparenz, Teilhabe und Gerechtigkeit verschreiben, um dieser Verpflichtung gerecht zu werden.

J. V. Bainimarama, Premierminister von Fidschi; **António Luís Santos da Costa**, Ministerpräsident Portugals; **Klaus Iohannis**, Präsident Rumäniens; **Boris Johnson**, Premierminister des Vereinigten Königreichs; **Paul Kagame**, Präsident Ruandas; **Uhuru Kenyatta**, Präsident Kenias; **Emmanuel Macron**, Präsident Frankreichs; **Angela Merkel**, Bundeskanzlerin Deutschlands; **Charles Michel**, Präsident des Europäischen Rates; **Kyriakos Mitsotakis**, Ministerpräsident Griechenlands; **Moon Jae-in**, Präsident der Republik Korea; **Sebastián Piñera**, Präsident Chiles; **Carlos Alvarado Quesada**, Präsident Costa Ricas; **Edi Rama**, Ministerpräsident Albaniens; **Cyril Ramaphosa**, Präsident Südafrikas; **Keith Rowley**, Premierminister von Trinidad und Tobago; **Mark Rutte**, Ministerpräsident der Niederlande; **Kais Saied**, Präsident Tunesiens; **Macky Sall**, Präsident Senegals; **Pedro Sánchez**, Ministerpräsident Spaniens; **Erna Solberg**, Ministerpräsidentin Norwegens; **Aleksandar Vučić**, Präsident Serbiens; **Joko Widodo**, Präsident Indonesiens; **Volodymyr Zelenskyy**, Präsident der Ukraine; **Tedros Adhanom Ghebreyesus**, Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation

Quelle: F.A.Z.